

SPD –Fraktion im Gemeinderat von Winnenden
Andreas Herfurth, Haselsteinstr. 10, 71364 Winnenden
Herfurth.Winnenden@t-online.de; Mobil 0171 640 0854

**Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2018
und zur mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2019 bis 2021
gehalten am 12. Dezember 2017**

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Winnenden,
Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
Sehr geehrte Herren Holzwarth, Sailer, Haas, Schwarz und Mulfinger,

Es ist besser, miteinander zu reden als übereinander.

Dieser Satz gilt insbesondere für die Weltebene. Wir sehen mit Besorgnis u.a. nach Nordkorea und in den Nahen Osten. Twittern reicht nicht. Miteinander reden ist wichtig. Das gilt auch für Berlin. Die Gespräche über eine Jamaica-Koalition sind gescheitert, und ich halte es für richtig, dass die SPD Sondierungsgespräche über eine mögliche Regierungsbeteiligung aufnimmt. Die Welt hat große globale Herausforderungen zu bewältigen. Denken wir an den Klimawandel, denken wir an die sich abzeichnenden Flüchtlingsströme aus Afrika, denken wir an das zerrissene Europa, wobei ein starkes Europa angesichts der Krisen in der Welt notwendiger denn je wäre.

Miteinander reden ist besser als übereinander. Das machen wir in Winnenden. Wir haben am 21. Januar **OB-Wahl**. Die SPD hat sich entschieden, nicht aktiv auf Bewerbersuche für die OB-Wahl zu gehen.

Es gab ein Gespräch zwischen Herrn Holzwarth und der SPD Fraktion. Nachdem in den Haushaltsplanberatungen darüber Andeutungen gemacht wurden, möchte ich zwei uns wichtige Punkte auch öffentlich darlegen:

1. Wir haben den Eindruck, dass man zu vieles auf einmal will und wir daher die **Gefahr des Sich-Verzetteln**s sehen und wir angesichts der Aufgabenvielfalt auch eine gewisse Überforderung der Verwaltung befürchten.

2. **Winnenden hat ein Verkehrsproblem**. Der Autoverkehr fährt die Innenstadt in den Kollaps. Der Bau von immer mehr Parkplätzen löst u.E. nicht das Problem. Wir haben in dem Gespräch keine Lösungsansätze entwickelt. Im Nachgang zu dem Gespräch haben wir uns in der Fraktion darauf verständigt, dass - wenn die Art und Weise der Bebauung beim Kronenplatz feststeht - wir das Thema Verkehr und Parkraummanagement aufgreifen werden.

Der Gemeinderat hat mehrheitlich entschieden, beim **Kronenplatz** ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Die Frist lief im November ab. Es wurden vier Arbeiten eingereicht. Wir kennen die Arbeiten im Detail nicht. Es ist mir wichtig, in diesem Stadium nochmals darauf hinzuweisen, dass – im Fall der Fälle - wir wieder auf LOS zurückgehen können und das überarbeitete Konzept des Architektenwettbewerbs wieder aufgegriffen werden kann.

Der Haushalt 2018 ist erstmals nach dem **neuen Haushaltsrecht** aufgestellt. Die eingeführte Doppik lehnt sich stark an Bilanz und Kapitalflussrechnung sowie Gewinn- und Verlustrechnung bei Unternehmen an.

Anhand einer Bilanz bekommt man einen Überblick, wie das Unternehmen da steht und anhand der GuV-Rechnung kann man erkennen, ob ein Unternehmen erfolgreich geführt wird. Mit diesem Zahlenwerk sind auch Vergleiche durchführbar.

In der Verwaltung bekommen wir nun ein ähnliches Zahlenwerk. Gut so. Man verwendet andere Begriffe, nämlich Ergebnishaushalt anstatt GuV-Rechnung, Finanzrechnung anstatt Kapitalflussrechnung sowie Vermögensrechnung anstatt Bilanz.

Es liegen vor: Ergebnishaushalt und Finanzrechnung. Die Vermögensrechnung ist noch nicht fertiggestellt, sie kommt im Laufe von 2018, so wurde das uns zugesagt.

Wir haben dann – wie bei Unternehmen – eine einfache Übersicht über die Ertragskraft und Vermögenslage der Stadt Winnenden.

Mit diesem Zahlenwerk wird eine gemeinsame Datenbasis für BürgerInnen, für Gemeinderat und für Verwaltung geschaffen. **Das ist Transparenz.** Ich bin davon überzeugt, dass sich das auf das Verhältnis zwischen Bürgerschaft, GR und Verwaltung positiv auswirken wird. Denn: Man spricht vom Gleichen und die einzelnen Vorhaben werden nachvollziehbarer.

In den Beratungen wurde das Thema **Haushaltsausgabestelle** angesprochen. M.E. wird hier ein Umdenkungsprozess auf Gemeinderat und Verwaltung zukommen.

Früher wurde Geld für ein Vorhaben in den Haushalt eingestellt. Wenn das Geld für das Vorhaben in dem betreffenden Jahr nicht abgerufen wurde - warum auch immer - dann wurde es trotzdem diesem Jahr belastet und das Vorhaben war finanziert und wurde irgendwann dann auch realisiert.

Ab heute ist das nicht mehr so. In der Ergebnisrechnung werden ausschließlich die Gelder ausgewiesen, die auch ausgegeben worden sind und die Gelder, die nicht ausgegeben wurden, werden erneut vorgetragen.

In der Konsequenz bedeutet das, dass Gemeinderat und Verwaltung gemeinsam lernen werden müssen, nur diese Projekte einzustellen, bei denen neben den Finanzen auch die Manpower für die Umsetzung gegeben ist.

Die **Ergebnisrechnung 2018** weist einen negativen Saldo von – 5,6 Mio. € aus. Zum Vergleich: In der Kameralistik würde eine Zuführungsrate zum Verwaltungshaushalt von ca. + 4,0 Mio. € stehen. Der Unterschied erklärt sich mit Abschreibungen von ca. 7,0 Mio. € und Haushaltsausgaberesten in Höhe von 2,6 Mio. €.

In den Folgejahren sind die Daten der Ergebnisrechnung wie folgt:
2019 - 6,0 Mio. €, 2020 - 3,1 Mio. € und 2021 - 0,8 Mio. €. **Diese Zahlen rufen auf, sich Gedanken zu machen, wie wir die Ergebnisrechnung verbessern können.**

Kein Ansatz ist mit Sicherheit, immer weiter Personal einzustellen.

Es ist richtig auf die Karte der Digitalisierung zu setzen. Die Digitalisierung bringt auch ein Mehr an Bürgerfreundlichkeit. Es ist auch wichtig, engagiertes und gutes Personal zu fördern. In Zeiten von Fachkräftemangel sind Mitarbeitermotivation und gutes Betriebsklima ein nicht zu unterschätzender Erfolgsfaktor.

Im Haushalt sind **erhebliche Gelder für Mensa, Sanierung Bildungszentrum II, Digitalisierung der Schulen** eingestellt. Es gibt noch keine belastbaren Zahlen. Es gibt gewisse Vorstellungen, aber keine Planungen. Die Vorhaben sind wichtig und notwendig. Eine Bewertung kann dann vorgenommen werden, wenn die entsprechenden Daten vorliegen.

In Winnenden sind sehr viele Menschen engagiert unterwegs. Es wird landauf, landab die Endsolidarisierung und die Vereinzelung des Individuums beklagt. **Bürgerliches Engagement** ist das wirksame Gegengift.

Es gibt z.Z. eigentlich einen richtigen Hype an neuen Vorhaben. In Breuningsweiler gibt es den neuen Verein Bürgerhaus Altes Rathaus, in Bürg wird die Dorfscheuer entrümpelt und in der Kernstadt hat sich eine Stiftung gegründet, die der Stadtkirche neues Leben einhauchen möchte.

Bürgerliches Engagement ist in Bezug auf Verwaltung und Gemeinderat ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Es kann auch unterschiedliche Vorstellungen geben, siehe bspw. Badverein Bürg. Im Fortgang der Gespräche konnte dann doch ein für alle Beteiligten tragbares Ergebnis gefunden werden. Und, die Ausführung kann sich wahrlich sehen lassen.

Eine Stadt wird geprägt durch ihre öffentlichen Plätze, durch ihre Gebäude. Mit Leben gefüllt wird eine Stadt durch ihre Menschen und durch die Art und Weise des Zusammenlebens dieser Menschen.

Friedvolles, tolerantes, offenes Miteinander-Umgehen und Zusammenleben ist unser größtes Kapital in Winnenden.

Wir begrüßen ausdrücklich die Schaffung der zwei Integrationsmanager-Stellen.

An dieser Stelle sagen wir, die SPD-Fraktion, Dank an alle, die durch Ihr Handeln Gutes für Winnenden tun. Wir haben die Bitte, machen Sie weiter und wir wünschen Ihnen weiterhin viel Freude dabei.

Winnenden hat eine **gehfreundliche Marktstraße**. Es war eine lange, schwierige Diskussion. Das Ergebnis wird allgemein begrüßt. Die SPD-Fraktion hat den Antrag gestellt, dass die Verwaltung beauftragt wird, ein Konzept zu erstellen, wie die **umliegenden Straßen auch gehfreundlich** gestaltet werden können. Dieses Konzept soll dann verteilt über die Jahre umgesetzt werden. Die Verwaltung hat diesen Antrag gerne angenommen.

Wir wollen eine attraktive, lebenswerte Innenstadt mit einem abgerundeten Branchenmix. Es ist zu sehen, dass der Online-Handel stetig Marktanteile dazugewinnt. Diesem Trend muss man sich stellen und angemessene Antworten finden. Das Internet birgt aber auch die Chance für Menschen mit Handicap, notwendige Dienstleistungen über das Internet zu beschaffen, sodass sie länger in der gewohnten Umgebung wohnen bleiben können.

Wir sehen den zukünftigen Bauhof nicht an der Wiesenstraße, sondern im Gewerbegebiet Hertmannsweiler. Die SPD-Fraktion hat in der Haushaltsplanberatung einen entsprechenden Antrag gestellt.

Die Zeiten haben sich weiterentwickelt. Wir haben ein **Brandschutzkonzept** mit drei Standorten realisiert. Das bedeutet, wenn es in Hertmannsweiler einmal brennen sollte, dann muss der Feuerwehrmann erst einmal zum Einsatzort Standort Buchenbach fahren und dann wieder zurück zum Tatort Hertmannsweiler.

Das **Archiv** wird in das Industriegebiet Birkmannsweiler verlagert. Das Archiv bekommt an diesem Standort moderne Arbeitsbedingungen. Das ist das entscheidende Kriterium. **Das Archiv ist das Gedächtnis einer Stadt.** Wenn jemand beginnt, im Gedächtnis zu graben dann scheut ein solcher keine Mühen, und es ist dann ein Leichtes, ins Archiv nach Birkmannsweiler zu kommen. Und, so meinen wir, ist es auch ein Leichtes für die BauhofmitarbeiterInnen ins

Gewerbegebiet nach Hertmannsweiler zu fahren und von dort aus die Arbeit aufzunehmen.

Es wurde gesagt, der Bauhof hat einen Grundstücksbedarf von ca. 8.000 qm. Der qm-Preis im Gewerbegebiet beläuft sich auf 125 € . Der qm-Preis eines Grundstücks, geeignet für Wohnbebauung, innenstadtnah gelegen liegt bei - sagen wir 600 €. **Die Differenz beträgt 3,8 Mio. €.** Für den Neubau des Bauhofes an der Wiesenstrasse wurden damals 7,0 Mio. € genannt. Ich gehe zudem davon aus, dass in einem Gewerbegebiet kostengünstiger gebaut werden kann.

Die Idee, den Bauhof in das Gewerbegebiet zu verlagern, gibt es schon seit längerem. Die Idee bekommt in Zeiten der Wohnungsknappheit weiteren Rückenwind.

Die Verwaltung hat eine Klausurtagung für das Frühjahr vorgeschlagen. Thema ist neben dem Bauhof auch das **alte Notariat**. Das alte Notariat ist wahrlich keine Augenweide. Abrisskosten sind eingestellt. Es uns wichtig, rechtzeitig Planungsüberlegungen anzustellen.

Die Unterstützung für eine **moderne und barrierefreie VHS** wird breiter und die VHS entwickelt sich erfolgreich. Es ist bekannt, dass ich geworben und gekämpft habe, dass die VHS an den Kronenplatz kommt. Der Standort ist einfach topp. Wir sehen die VHS weiterhin dort und hoffen, dass sich die Möglichkeit ergibt, dass die VHS sich dort einmieten oder Teileigentum erwerben kann.

Das **Wohngebiet Adelsbach** wird in zwei Schritten erweitert. Wir haben hier die Hungerberg-Grundschule. In unmittelbarer Nähe soll ein **Kinderhaus** gebaut werden. In diesem Zuge wollen wir, die SPD-Fraktion, dass dann auch die schon immer vorgesehene **Kleinsporthalle** in Angriff genommen wird. Unser Antrag, eine Planungsrate in die mittelfristige Planung einzustellen, wurde angenommen.

Wir sehen die Erweiterung des Wohngebietes Adelsbach, den Neubau des Kinderhauses und die Größe der Schule. Der Bau einer Sporthalle bzw. einer Mehrzweckhalle bedeutet dann die **Komplettierung** des öffentlichen Angebotes für dieses große Wohngebiet.

Wir können nicht unbedingt sagen, dass Winnenden – sehen wir einmal vom SV Breuningsweiler ab – eine führende Sportstadt wäre. Der Schulsport - er beinhaltet auch Schwimmen, insbesondere in der Grundschule, und der Leistungs- und Freizeitsport benötigen Sportstätten, wie Sporthallen und Sportplätzen.

Winnenden hat einen **Sportstättenleitplan**. Er stammt aus dem Jahre 2002. Selbstkritisch müssen wir sagen, dass wir diesen angesichts drängenderer Her-

ausforderungen wie Gemeinschaftsschule und Flüchtlingskrise zurückgestellt haben.

Das Freizeitverhalten der Menschen und die Bindungskraft der Menschen zu Vereinen unterliegen einer Wandlung. Diese Entwicklungen sind auch mit maßgeblich, dass der SV Winnenden sein SV-Vereins sportzentrum für viel Geld gebaut hat. **Wir meinen, die Winnender Sportvereine sind gut beraten, miteinander zu sprechen und Möglichkeiten von Kooperationen auszuloten.**

Der Markt sorgt für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage. So die reine Lehre. Die Realität auf dem **Wohnungsmarkt** sieht verzweifelt anders aus. Es werden Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen gebaut, die reißenden Absatz finden. **Viel zu wenig werden gebaut: Mietwohnungen.**

Es fehlen Wohnungen für junge Menschen, für finanziell schwach gestellte Menschen, für psychisch kranke Menschen und für Menschen, die geflüchtet sind.

Es gab in den vergangenen Jahren vielfältige Bemühungen. Verwaltung und Gemeinderat haben eine Prioritätenliste für den Ausweis von Baugebieten erstellt. Es gibt hier einen CDU-Antrag ,gestellt in der Haushaltsplanberatung vor einem Jahr und wiedergestellt dieses Jahr von der FDP, dass zukünftig bei dem **Ausweis von Baugebieten** ein bestimmter Anteil (ca. 20 %) für Sozialwohnungsbau vorzusehen ist. Die Idee ist gut. Die Verwaltung hat die baldige Vorlage eines Konzeptes angekündigt. Ich ahne: Es wird spannend bei und mit der Umsetzung. **Ich hoffe, dass nach dem Wollen nun auch das Tun kommt.**

Verwaltung und Gemeinderat haben beschlossen mittels Eigenbetrieb Stadtbau den **Bau von Wohnungen** vorzunehmen. Es gibt eine Liste von in Frage kommenden Grundstücken. In Planung sind die Gerberstraße, in Birkmannsweiler Festwiese und Hofkammergut, in Schelmenholz die Forchenwaldstr.

Verwaltung und Gemeinderat haben auch beschlossen, die **Anmietung von Wohnungen** vorzunehmen. Das Ergebnis ist leider ernüchternd.

Politik ist auch, wenn man von einer Idee überzeugt ist, das Weiterbohren bei dickem Brett. Meine Grundüberzeugung ist: **Es ist gesamtgesellschaftlich gesehen eine Fehlentwicklung, neue Wohnungen teuer zu bauen, während andere Wohnungen leer stehen.**

Es gibt mit Sicherheit für jede leerstehende Wohnung nachvollziehbare Gründe. Es gibt aber auch für jede leerstehende Wohnung Gründe, sie eventuell an die Stadt zu vermieten: Die Stadt trägt das Vermieter- und damit verbunden das Är-

gernisrisiko, man bekommt Miete, man bekommt Leben in die Bude und das Haus, die Wohnung wird bewegt.

Unser Ansinnen, einen weiteren Anreiz zur Vermietung an die Stadt zu geben, sollten wir weiter im Auge behalten. Mein Appell an die BesitzerInnen einer leerstehenden Wohnung bzw. Hauses: **Lassen Sie uns doch einmal darüber sprechen.**

Die SPD-Fraktion hat letztes Jahr den Haushalt abgelehnt mit der Begründung, dass wir es für einen strategischen Fehler halten, den Neubau einer Gemeinschaftsschule nicht vorzunehmen. Die Weichen wurden anders gestellt. Hinterher gesehen, muss ich sagen, wenn ich es noch einmal mit dieser Entscheidungssituation zu tun hätte, würde ich mich für den Neubau einer gemeinsamen Gemeinschaftsschule von Leutenbach, Schwaikheim und Winnenden einsetzen. Diese Einsicht und Kraft war bei allen Beteiligten nicht vorhanden.

Miteinander reden - bedeutet nicht, dass alle der gleichen Meinung sein müssen.

Miteinander reden - bringt zum Ausdruck dass wir Winnenden Bestes wollen. Dieses Miteinander bringt Winnenden voran.